S 5 U 369/98 LW

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	2
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 U 369/98 LW
Datum	26.10.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 U 197/99 LW
Datum	15.11.2001

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Berufung der Beklagten gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 26.10.1999 wird zurückgewiesen.

II. Auf die Klage werden die Bescheide vom 24.02.1999, 21.02.2000, 22.02.2001 und vom 16.10.2001 aufgehoben.

III. Die Beklagte hat dem Kläger auch seine notwendigen außergerichtlichen Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten.

IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten darüber, ob der Kläger in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung beitragspflichtig ist.

Nachdem die Beklagte 1998 erfahren hatte, dass der Kläger zusammen mit seiner Ehefrau von den Eheleuten Sch. im Jahre 19. ein Grundstück (Gemarkung K. 3990 qm) erworben hatte, stellte sie mit Bescheid vom 29.1.1998 gegenüber dem Kläger fest, dass dieser ab dem 29.5.1995 als Unternehmer in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung pflichtversichert und beitragspflichtig sei. Mit Bescheid vom 4.2.1998 wurden für die Jahre 1995 und 1996 104,78 DM als

Beiträge erhoben. Gegen diesen Bescheid legte der Kläger bei der Stadtverwaltung W., Rechtsamt, Widerspruch ein, die ihn an die Beklagte weiterleitete, wo er am 27.2.1998 einging. Zur Begründung führte der Kläger aus, die Eigentumsverhältnisse seien nicht richtig dargestellt. Auch sei die in dem Bescheid zum Ausdruck gekommene Annahme über die Nutzung des Grundstücks nicht zutreffend. Auf einem Fragebogen der Beklagten gab er an, das streitgegenständliche Grundstück sei das Nachbargrundstück des ihm selbst und seiner Ehefrau gehörenden Hausgrundstücks. Es sei als zukünftiges Baugrundstück für ihren Sohn erworben worden. Während des Widerspruchsverfahrens erließ die Beklagte einen weiteren Bescheid vom 23.2.1998 über das Jahr 1997. In einem Fragebogen teilte der Kläger mit, das streitgegenständliche Grundstück werde von ihm nicht landwirtschaftlich genutzt, vielmehr lediglich durch einen Gartenbauunternehmen genutzt. Mit Bescheid vom 8.10.1998 wurden die Umlagebeiträge für die Jahre 1995 bis 1997 neu festgesetzt (Ermäßigung um 29,50 DM). Durch Bescheid vom 23.10.1998 wurde der Widerspruch zurückgewiesen und die Bescheide vom 29.1.1998, vom 4.2.1998 und vom 23.2.1998, jeweils in der Fassung des Bescheides vom 8.10.1998 für rechtmäßig erklärt. Zur Begründung führte die Beklagte insbesondere aus, dass die Vergabe von Pflichten die Eigenschaft als landwirtschaftlicher Unternehmer nicht entfallen lasse. Der Kläger betreibe ein Unternehmen der Landschaftspflege. Gerade der Umstand, dass der Aufwuchs einer Wiesenfläche abgemäht und anschließend nicht unmittelbar in den landwirtschaftlichen Wirtschaftskreislauf gelange, sondern auf der Fläche verbleibe, auf Haufen zusammengereicht kompostiert oder sonstwie entsorgt werde, unterscheide ein Unternehmen der Landschaftspflege vom landwirtschaftlichen Unternehmen. Dabei könne hier dahingestellt bleiben, ob es sich explizit um ein Unternehmen der den Zielen des Natur- und Umweltschutzes dienenden Landschaftspflege oder um ein landwirtschaftliches Unternehmen im engeren Sinne handele. Nach [§ 123 Abs. 1 Nr. 1](#) Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) gelte ein Unternehmen der Landschaftspflege als landwirtschaftliches Unternehmen. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen im Widerspruchsbescheid verwiesen.

Mit seiner hiergegen beim Sozialgericht Dresden erhobenen Klage hat der Kläger geltend gemacht, die Beklagte beachte weiterhin nicht, dass er und seine Ehefrau gemeinsam Eigentümer des streitgegenständlichen Grundstücks seien. Die Beitragsberechnung sei nicht nachvollziehbar. Die Beklagte habe auch nicht berücksichtigt, dass keine landwirtschaftliche Nutzung erfolge. Im April 1995 hätten er und seine Frau das Grundstück gekauft, um ihrem Sohn, der gegenwärtig Zeitsoldat bei der Bundeswehr sei, eine Existenzgründung als Zimmermann zu ermöglichen. Da sie nicht daran interessiert seien, dass das Grundstück total verwildere und verschmutze, zumal es am Friedhofsweg und damit im Blickfeld aller Friedhofsbesucher liege, hätten sie die Firma Gartenpflege und Gestaltung GbR. und N. beauftragt. Er und seine Frau hätten keine Zeit, da sie selbst berufstätig seien (er als Abteilungsleiter Bauverwaltung der Stadtverwaltung W., sie als Lehrerin in einer Mittelschule). Die Firma habe während der Vegetationsperiode uneingeschränkten Zugang zum Grundstück. Im Herbst erfolge eine gemeinsame Begehung mit fachgerechter Beratung und

Festlegung von Pflegemaßnahmen zum Ende der Vegetationsperiode. Sie hätten nichts dagegen, wenn andere sich ohne ausdrückliche Zustimmung unentgeltlich Gras holten. Aus diesem Grund könnte er nicht sagen, wie oft Mähgut geholt werde.

Auf Nachfrage durch das SG, wie viele Stunden die Firma abgerechnet habe, hat der Kläger am 30.6.1999 erklärt, zum Zeitpunkt der Begehungen sei der Zustand des Grundstücks so zufriedenstellend gewesen, dass bislang keine Arbeitsstunden in Rechnung gestellt worden seien. Wegen der weiteren Begründung wird auf Blatt 45 f. der SG-Akte verwiesen.

Die Beklagte hat vorgetragen, aus dem Vorbringen des Klägers, dessen Richtigkeit sie nicht anzweifle, ergebe sich, dass er ein Unternehmen der Landschaftspflege betreibe. Unschädlich sei, dass sie sich nur den Kläger als Schuldner ausgesucht habe, weil beide Ehegatten als Gesamtschuldner hafteten. Insoweit stehe ihr aber ein Ermessen bei der Auswahl des Schuldners zu. Wegen des weiteren Vorbringens wird auf Blatt 39 ff. der SG- Akte verwiesen.

Mit Gerichtsbescheid vom 26.10.1999 hat das SG den Bescheid vom 29.1.1998 sowie die Bescheide vom 4.2.1998 und 23.2.1998 in der Fassung des berichtigten Bescheides vom 8.10.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.10.1998 aufgehoben. Zur Begründung hat das SG im Wesentlichen ausgeführt, für die Jahre vor 1997 seien die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung (RVO) maßgeblich, für das Jahr 1997 die Vorschriften des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII). Entgegen der Auffassung der Beklagten lasse sich das Mähen des streitgegenständlichen Grundstücks durch die beauftragte Gartenbaufirma nicht als eine den Zielen des Natur- und Umweltschutzes dienende Landschaftspflege werten. Derartige Tätigkeiten stellten zwar seit dem 1.7.1988 eine Tätigkeit dar, die von der landwirtschaftlichen Unfallversicherung umfasst werde. [§ 776 Abs. 1 Nr. 1 RVO](#) sei mit Wirkung vom 1.7.1988 durch Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Landschaftsschutzes" vom 21.7.1988 (